
S 28 J 543/94

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Berlin-Brandenburg
Sozialgericht	Landessozialgericht Berlin-Brandenburg
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	16
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Erwerbsunfähigkeitsrente selbständige Tätigkeit in der Landwirtschaft
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 28 J 543/94
Datum	08.07.1997

2. Instanz

Aktenzeichen	L 16 RJ 72/97
Datum	21.02.2000

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Berufung der KlÄgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 8. Juli 1997 wird zur¼ckgewiesen. Die Beklagte trÄgt auch die auergerichtlichen Kosten der KlÄgerin im Berufungsverfahren. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist, ob der KlÄgerin Rente wegen ErwerbsunfÄhigkeit statt Rente wegen BerufsunfÄhigkeit zusteht.

Die im Dezember 1934 geborene KlÄgerin ist griechische Staatsb¼rgerin. Ab Januar 1971 war sie mit Unterbrechungen in der Bundesrepublik Deutschland versicherungspflichtig beschÄftigt. Zuletzt arbeitete sie als Raumpflegerin. Im November 1989 wurde sie arbeitsunfÄhig krank und bezog Krankengeld bis zum 6. Juni 1991. Anschlieend stand sie im Leistungsbezug des Arbeitsamtes und bezog ab November 1991 Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) von dem Be-zirksamt Steglitz von Berlin. Seit April 1995 lebt die KlÄgerin wieder in Griechenland.

Im April 1991 stellte die KlÄgerin einen Rentenanspruch. Diesen lehnte die Beklagte zunÄchst mit Bescheid vom 3. Juni 1992 ab. Die KlÄgerin sei weder berufs- noch erwerbsunfÄhig.

Im Widerspruchsverfahren holte die Beklagte einen Befundbericht der behandelnden Ärztin fÄr Neurologie und Psychiatrie Dr. B. vom 20. Juli 1992 und ein Gutachten des Arztes fÄr Neurologie und Psychiatrie R. ein. Dieser stellte in seinem Gutachten vom 5. Dezember 1992 fest, bei der KlÄgerin liege im Wesentlichen eine destabilisierte Charakterneurose mit depressiv-resignativer Entwicklung und starker Somatisierungstendenz vor. Das berufliche LeistungsvermÄgen der KlÄgerin sei auf Dauer aufgehoben. Daraufhin teilte die Beklagte der KlÄgerin im Februar 1993 mit, ein Anspruch auf Rente wegen BerufsunfÄhigkeit werde anerkannt. Ob ErwerbsunfÄhigkeit bestehe sei nicht geklÄrt, da selbstÄndige TÄtigkeit im Frage stehe.

Mit Bescheid vom 12. MÄrz 1993 gewÄhrte die Beklagte der KlÄgerin ab dem 1. Mai 1991 Rente âvorerst nur wegen BerufsunfÄhigkeitâ.

Nachdem die KlÄgerin UntÄtigkeitklage erhoben hatte (Sozialgericht â SG â Berlin â S 29 J 206/93) und das SG die Beklagte mit Urteil vom 9. November 1993 verurteilt hatte, Äber den Antrag der KlÄgerin auf GewÄhrung einer Rente wegen ErwerbsunfÄhigkeit zu entscheiden, erging der Widerspruchsbescheid vom 13. April 1994, mit dem die Beklagte den Widerspruch gegen den Bescheid vom 3. Juni 1992 zurÄckwies, soweit er Äber das Teilanerkennnis vom 1. Februar 1993 (ausgefÄhrt durch Bescheid vom 12. MÄrz 1993) hinausgehe. Es sei ungeklÄrt, ob ErwerbsunfÄhigkeit vorliege, da eine selbstÄndige TÄtigkeit in der griechischen Landwirtschaft ausgeÄbt worden sei. Die KlÄgerin habe landwirtschaftliches Eigentum in Griechenland.

Zu diesem Zeitpunkt lagen der Beklagten Äber den Landbesitz in Griechenland folgende Unterlagen vor:

- 1) Formblatt â Auskunft des griechischen TrÄgers der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (OGA) ohne Datum, Äbersetzt im Juli 1992, in der ausgefÄhrt wird, die KlÄgerin sei seit 1971 in der Bundesrepublik Deutschland. Es sei ein Besitz von 20 Stremmata landwirtschaftlicher FlÄche im Heimatort Exaplatanios vorhanden, zur HÄlfte mit PfirsichbÄumen und zur HÄlfte mit Weizen bebaut; die FlÄche nutze zur Zeit der Sohn.
- 2) FragebÄgen vom 29. August 1991 und 13. August 1992, in denen die KlÄgerin angibt, sie sei nicht Mitinhaberin oder EigentÄmerin eines Betriebes und habe keine GrundstÄcke verpachtet.
- 3) Bescheinigung der OGA vom 30. April 1993, die KlÄgerin habe keinen landwirtschaftlichen Besitz, die Familie habe ca. 10 Stremmata verpachtet.
- 4) Bescheinigung der OGA vom 8. Juni 1993, die KlÄgerin habe kein Land, weitere Formblattfragen nicht ausgefÄhrt.

Mit ihrer Klage hat die KlÄgerin geltend gemacht, die Beklagte, die fÄr diesen Umstand die Beweislast trage, habe eine selbstÄndige ErwerbstÄtigkeit nicht belegt. Insbesondere kÄnne nicht von einer Ehegattengesellschaft/Innengesellschaft ausgegangen werden, da sie keine landwirtschaftlichen GrÄndstÄcke mit ihrem Ehemann zusammen bewirtschaftete; zudem halte sie sich in der Bundesrepublik Deutschland auf bzw. habe sich hier aufgehalten. Die KlÄgerin hat eine eigene als eidesstattliche Versicherung bezeichnete ErklÄrung vom 5. April 1995 abgegeben, in der sie erklÄrt, die Angabe in der ersten ErklÄrung der OGA, sie habe Grundbesitz im Umfang von 20 Stremmata, sei unzutreffend. Sie beruhe wohl darauf, dass ihr Ehemann bis 1980 20 Stremmata bearbeitet habe (von dem ihm 5 und seinem Vater 15 gehÄrt hÄtten). Seit 1980 bearbeite der Sohn K. diese FlÄche.

Die Beklagte hat vorgetragen, die KlÄgerin sei, wie der ersten Auskunft der OGA zu entnehmen sei, EigentÄmerin einer landwirtschaftlichen FlÄche, bezÄglich derer sie weder Verkauf noch Verpachtung nachgewiesen habe. Dass sie dort nicht arbeite, hindere die Annahme einer selbstÄndigen ErwerbstÄtigkeit nicht. Soweit der Ehemann die FlÄche bewirtschaftet habe, ergebe sich daraus nach gesellschaftsrechtlichen GrundsÄtzen auch die SelbstÄndigkeit der Ehefrau. Auf die HÄhe der EinkÄnfte komme es nicht an. Eine ObstanbauflÄche von 5000 qm Äbersteige den in Anlehnung an das Gesetz Äber die Altersversorgung der Landwirte (ALG) zu bestimmenden Selbstbehalt. Eine Ehegattengesellschaft bestehe immer, wenn erzielbare ErtrÄge dem Gesamtgut der Ehegatten zuzurechnen seien.

WÄhrend des Klageverfahrens ist eine weitere Bescheinigung der OGA vom 19. Mai 1995 eingegangen. Darin wird angegeben, der Ehemann habe einen Grundbesitz von 5000 qm, der mit ObstbÄumen bepflanzt sei. Das Areal werde von einem Sohn genutzt.

Das SG Berlin hat die Beklagte mit Urteil vom 8. Juli 1997 verurteilt, der KlÄgerin Rente wegen ErwerbsunfÄhigkeit ab dem 1. Mai 1991 zu gewÄhren. Anzuwenden sei das Recht der Reichsversicherungsordnung (RVO). Die ErwerbsunfÄhigkeit der KlÄgerin sei nicht durch selbstÄndige ErwerbstÄtigkeit ausgeschlossen, da sie keine Unternehmerin sei. Nach den vorliegenden AuskÄnften wÄrden weder von ihr noch von ihrem Ehemann landwirtschaftliche FlÄchen bewirtschaftet.

Mit ihrer Berufung macht die Beklagte geltend, die KlÄgerin sei unter Beachtung gesellschaftsrechtlicher GrundsÄtze selbstÄndig tÄtig gewesen. Es mÄsse eine Grundbuchauskunft in Griechenland eingeholt werden.

Die Beklagte beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 8. Juli 1997 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Die KlÄgerin beantragt,

die Berufung zurÃ¼ckzuweisen.

Sie hÃ¼lt das angefochtene Urteil fÃ¼r zutreffend.

WÃ¼hrend des Berufungsverfahrens hat die KlÃ¤gerin GrundbuchauskÃ¼nfte Ã¼ber die ihrem Ehemann gehÃ¶renden GrundstÃ¼cke sowie einen Pachtvertrag Ã¼ber landwirtschaftliche FlÃ¤che (Verpachtung) an den Sohn aus dem Jahre 1998 beigebracht. Darauf wird wegen der Einzelheiten Bezug genommen.

Wegen der Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die SchriftsÃ¤tze der Beteiligten nebst Anlagen und den sonstigen Akteninhalt Bezug genommen.

Ein Aktenkonvolut der Beklagten hat vorgelegen und ist Gegenstand der mÃ¼ndlichen Verhandlung gewesen.

EntscheidungsgrÃ¼nde:

Die Berufung der Beklagten ist nicht begrÃ¼ndet. Die KlÃ¤gerin hat einen Anspruch auf Rente wegen ErwerbsunfÃ¤higkeit ab dem 1. Mai 1991. Der Anspruch der KlÃ¤gerin richtet sich nach Â§ 1247 Reichsversicherungsordnung (RVO), da der Anspruch ZeitrÃ¤ume vor dem 1. Januar 1992 â Inkrafttreten des Sozialgesetzbuches Gesetzliche Rentenversicherung (SGB VI) â umfasst. Streitbefangen ist nach den ErklÃ¤rungen der Beteiligten in der mÃ¼ndlichen Verhandlung der Rentenanspruch bis zur GewÃ¤hrung von Regelaltersrente an die KlÃ¤gerin mit Vollendung des 65. Lebensjahres.

Rente wegen ErwerbsunfÃ¤higkeit erhÃ¼lt der Versicherte, der erwerbsunfÃ¤hig ist und zuletzt vor Eintritt der ErwerbsunfÃ¤higkeit eine versicherungspflichtige BeschÃ¤ftigung oder TÃ¤tigkeit ausgeÃ¼bt hat, wenn die Wartezeit erfÃ¼llt ist. ErwerbsunfÃ¤hig ist der Versicherte, der infolge von Krankheit oder andren Gebrechen oder SchwÃ¤che seiner kÃ¶rperlichen oder geistigen KrÃ¤fte auf nicht absehbare Zeit eine ErwerbstÃ¤tigkeit von gewisser RegelmÃ¤Ãigkeit nicht ausÃ¼ben oder nicht mehr als nur geringfÃ¼gige EinkÃ¼nfte aus ErwerbstÃ¤tigkeit erzielen kann ([Â§ 1247 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 RVO](#)). Diese Voraussetzungen sind erfÃ¼llt. Die KlÃ¤gerin erfÃ¼llt die Wartezeit; sie war zuletzt vor Eintritt der ErwerbsunfÃ¤higkeit versicherungspflichtig beschÃ¤ftigt ([Â§ 1247 Abs. 2 a i.V. m. Â§ 1246 Abs. 2 a RVO](#)) und eine vollstÃ¤ndige Aufhebung es beruflichen LeistungsvermÃ¶gens, die ErwerbsunfÃ¤higkeit im Sinne des [Â§ 1247 Abs. 2 Satz 1 RVO](#) bedingt, hat im streitbefangenen Zeitraum bestanden. Dies ergibt sich aus den Ã¼berzeugenden Gutachten des Arztes fÃ¼r Neurologie und Psychiatrie R. und ist zwischen den Beteiligten auch nicht im Streit.

Dem Anspruch steht auch nicht [Â§ 1247 Abs. 2 Satz 3 RVO](#) entgegen, wonach nicht erwerbsunfÃ¤hig ist, wer eine selbstÃ¤ndige ErwerbstÃ¤tigkeit ausÃ¼bt, denn die KlÃ¤gerin hat dies wÃ¼hrend dieses streitigen Zeitraumes nicht getan.

Ein Versicherter Ã¼bt eine selbstÃ¤ndige ErwerbstÃ¤tigkeit aus, wenn er im eigenen Namen und auf eigene Rechnung erwerbstÃ¤tig ist. Es muss eine

unternehmerische Tätigkeit vorliegen, die in Gewinnerzielungsabsicht ausgeübt wird. Dabei kommt es nicht darauf an, ob und in welcher Weise der Versicherte nach außen oder innen in dem Geschäftsbetrieb tätig ist und ob tatsächlich Gewinn erzielt wird, solange auf den Geschäftsbetrieb gerichtete Handlungen in seinem Namen vorgenommen werden (vgl. BSG SozR 2200 Â§ 1247 Nr. 19; zur Gewinnerzielung insbesondere BSG [SozR 2200 Â§ 1247 Nr. 32](#)).

Das SG hat ausführlich und zutreffend dargelegt, dass diese Voraussetzungen nicht vorliegen. Auf diese Ausführungen wird Bezug genommen ([Â§ 153 Abs. 2 Sozialgerichtsgesetz - SGG -](#)).

Dazu ist Folgendes zu ergänzen. Die Klägerin hat in ihrer Erklärung vom 5. April 1995 angegeben, sie sei nicht Eigentümerin landwirtschaftlicher Flächen in Griechenland. Ihr Ehemann sei Eigentümer von 5 Stremmata (5000 qm), ihr Schwiegervater von 15 Stremmata. Diese Flächen habe ihr Ehemann bis 1980 bewirtschaftet; seit diesem Zeitpunkt bewirtschaftete ein gemeinsamer Sohn das Areal. Dieser Sachverhalt ist der rechtlichen Beurteilung zugrunde zu legen, da kein Anlass besteht, die Klägerin, allein weil sie Anspruchstellerin ist, fälschlich unglaubwürdig zu halten. Zudem werden ihre Ausführungen durch die Auskunft der OGA im Wesentlichen bestätigt und durch die vorgelegten Grundbuchauszüge nicht widerlegt. Soweit in der ersten Bescheinigung der OGA â übersetzt im Juli 1992 â mehrfach von â ihren â (der Klägerin) landwirtschaftlichen Flächen die Rede ist, ist durch die weiteren Auskünfte der OGA und die Grundbuchauskünfte deutlich geworden, dass damit offensichtlich keine Aussage zu den Eigentumsverhältnissen gemacht wird. Vielmehr wird ersichtlich daran angeknüpft, dass die Flächen vor der Übersiedlung der Klägerin in die Bundesrepublik im Jahre 1971 von dem Ehepaar K. gemeinschaftlich bewirtschaftet wurden.

Die so zu beschreibende Beziehung der Klägerin zu der in Griechenland gelegenen Ackerfläche â die Klägerin hielt sich bis März 1995 in der Bundesrepublik auf, die Flächen gehörten dem Ehemann oder einem Rechtsvorgänger und wurden vom Sohn bewirtschaftet, dem sie 1998 auch verpachtet wurden â begründet fälschlich die Person der Klägerin keine selbständige Erwerbstätigkeit. Es besteht kein Anhaltspunkt, dass im Namen der Klägerin und auf ihre Rechnung auf â den Betrieb â gerichtete Handlungen vorgenommen wurden. Die Beklagte hat nichts aufgezeigt, was auf irgendwie gearbeitete Geschäftstätigkeit der Klägerin bzw. Tätigkeiten in ihrem Namen hindeutet. Dagegen sprechen die Sachverhaltsumstände. Die Klägerin hielt sich zum Beginn des streitbefangenen Zeitraums bereits seit 20 Jahren nicht mehr in Griechenland auf und bei dem â Betrieb â handelt es sich um eine kleinere landwirtschaftliche Fläche, deren Bewirtschaftung eine weitere Mitwirkung der Klägerin weder bezüglich der tatsächlichen landwirtschaftlichen Arbeitsleistung noch im Sinne einer Beteiligung an der Führung der Geschäfte bedurfte. Dies gilt auch fälschlich die Zeit nach der Rückkehr der Klägerin nach Griechenland, wobei zudem das Lebensalter der Klägerin und ihr Gesundheitszustand, wie ihn der Neurologe und Psychiater R. dargestellt hat, eine wesentliche Änderung der Verhältnisse ausschließt.

Die Klägerin war im streitbefangenen Zeitraum auch nicht deshalb selbstständig erwerbstätig im Sinne des [Â§ 1247 Abs. 2 Satz 3 RVO](#), weil sie die Ehefrau des Eigentümers der landwirtschaftlichen Flächen ist. Auch insoweit wäre erforderlich, dass die Klägerin eine gewisse Unternehmerinitiative hätte entfalten können und ein Unternehmerrisiko getragen hätte (so BSG [SozR 2200 Â§ 1247 Nr. 39](#)). Dies war indes nach dem Gesamtergebnis des Verfahrens nicht der Fall. Allein eine Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg oder am Misserfolg des Betriebes kraft einer gesetzlichen Verbundenheit zum Eigentümer würde (sofern sie hier im Tatsächlichen überhaupt gegeben war) keine selbstständige Erwerbstätigkeit begründen (BSG a.a.O, zur weitergehenden Kritik an der Übertragung unterhalts-rechtlicher Überlegungen auf [Â§ 1247 Abs. 2 Satz 2 RVO](#) vgl. Kasseler Kommentar Niesel, [Â§ 44 SGB VI](#) RdNr. 30).

Die Kostenentscheidung folgt aus [Â§ 193 SGG](#).

Gründe für eine Zulassung der Revision gemäß [Â§ 160 Abs. 2 Nrn. 1 oder 2 SGG](#) liegen nicht vor.

Erstellt am: 13.08.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024